

DIHK-Schwerpunkt

# Umwelt und Klimapolitik

## Kommentar von DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun

# Herausforderung und Chance für die Wirtschaft

Das Weltklima wandelt sich. Seit 1998 wurden jeweils Temperaturen gemessen, die etwa 0,5 Grad über dem seit dem Jahr 1880 gemittelten Wert liegen. Prognosen zufolge müssen wir uns auf steigende Durchschnittstemperaturen einstellen. Gleichzeitig erleben wir heute extremere Wetterlagen, heftigere Gewitter, längere Trockenheitsphasen, stärkere Regenfälle als noch vor wenigen Jahrzehnten. Über die Ursachen ist sich die Wissenschaft uneins. Bis heute ist nicht abschließend geklärt, ob all dies durch den Menschen verursacht worden ist, oder ob sich hierin eine weitere zyklische Schwankung des Klimas zeigt, die es seit Anbeginn der Erde gibt.

Die Politik in Deutschland und Europa reagiert auf diese Phänomene gleichwohl vor allem mit der Klimaschutzpolitik der CO<sub>2</sub>-Vermeidung. Können wir den Klimawandel so aufhalten? Das lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Wir wissen lediglich, dass wir seit Beginn der Industrialisierung wesentlich mehr fossile Energie verbrauchen, und dass sich die Konzentration des Kohlendioxids und anderer Gase in der Erdatmosphäre erhöht. Es ist deshalb wichtig, dass die Klimaforschung weiter vorangetrieben wird und dabei auch kritische, vom Mainstream abweichende Stimmen aus der Wissenschaft berücksichtigt werden. Auch in der Wissenschaft wird der Wettbewerb um die richtigen Erklärungen letztlich immer die besseren Ergebnisse bringen.

Jenseits aller ideologischen Auseinandersetzungen gilt jedoch ohne Zweifel: Bür-

ger, Unternehmen und Politik müssen sich an veränderte Umstände anpassen. So müssen wir Vorsorge treffen gegen häufiger eintretendes und höher ausfallendes Hochwasser. Dies betrifft nicht zuletzt zahlreiche Industrieunternehmen, die seit jeher ihren Standort an Rhein, Donau und anderen Flüssen haben. Betroffen sind aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen, etwa aus Gastronomie und Handel, die sich an gefährdeten Standorten gegen Hochwasser rüsten müssen. Der Hochwasserschutz ist zwar eine staatliche Aufgabe. Die Wirtschaft sitzt aber, vertreten durch die IHKS, mit am Tisch, wenn Hochwasserschutz geplant wird und ihre Interessen zur Geltung gebracht werden müssen.

Klimaschutz und Energiepolitik hängen eng zusammen. Nicht zuletzt die Energiepreissteigerungen der letzten Monate zeigen es deutlich: Nur ein effizienterer Umgang mit Energie ist zukunftsfähig. Deutsche Unternehmen haben hier in den letzten Jahrzehnten bereits viel geleistet. „Efficiency made in Germany“ ist mittlerweile eine Marke, die weltweit Beachtung findet. Diese neuen energieschonenden Technologien werden uns neue und wachsende Märkte bescheren. Daher sollten möglichst viele Unternehmen ihre technischen Lösungen zum Beispiel über die Exportinitiative Energieeffizienz bekannt machen, die vom Bundeswirtschaftsministerium, von den IHKS und Auslandshandelskammern gemeinsam gestartet worden ist.

Wir brauchen eine rationale Klima- und Energiepolitik aus einem Guss. Diese setzt



DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun

Foto: DIHK

auf internationale Verpflichtungen, weil diese Aufgabe nicht von einem Staat allein gelöst werden kann. Und sie nutzt die Möglichkeiten aller Energieträger – von den erneuerbaren bis zur Kernenergie. Deutschland sollte sich in der Kernenergiefrage also nicht weiter isolieren, sondern sich stattdessen an der anderswo längst intensiv laufenden Diskussion über die Chancen dieser Technologie beteiligen. Die Herausforderungen sind groß – zur Chance für uns werden sie allerdings nur, wenn die Politik die Weichen richtig stellt.

# BWS



## SICHERHEITSDIENSTE

### Harlass-Roth Bartenstein GmbH

Kaiserleistraße 39 • 63067 Offenbach  
Telefon 0 69/888 145 • Telefax 0 69/829 709 117  
[www.bws-offenbach.de](http://www.bws-offenbach.de)

- 24h-Notruf- und Service-Leitstelle
- Werkenschutz
- Empfangsdienste
- Funkstreifendienste
- Post-, Kurierdienste
- Hausmeisterdienste
- Alarmanlagenbau



Dem Ernstfall  
einen Schritt voraus!

Ihr Sicherheitsdienstleister im Kammerbezirk Telefon 069 / 888 145

## Gastbeitrag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Motor für Wachstum und Beschäftigung

**Bundesumweltminister Sigmar Gabriel betont in seinem Gastbeitrag für die Offenbacher Wirtschaft: Eine nachhaltige Klimapolitik schafft Arbeitsplätze und Wachstum.**

In den letzten Jahren sind die Preise für Erdöl und Erdgas, aber auch für Kohle und Uran geradezu explodiert und übertreffen die pessimistischsten Prognosen bei weitem. Die Energieausgaben deutscher Haushalte lagen 2007 bei 100 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind 30 Milliarden Euro mehr als noch vor zehn Jahren, für 2008 wird ein neuer Rekord von bis zu 110 Milliarden Euro erwartet. Aber nicht nur wir sind betroffen: In Entwicklungsländern werden durch die gestiegenen Energiekosten mühsam errungene ökonomische Fortschritte binnen kürzester Zeit wieder vernichtet. Zudem ist bereits heute ein erhöhtes Konflikt-risiko in rohstoffreichen Regionen zu erkennen.

Parallel hierzu entwickelt sich die Klimakrise. Die Erde ist heute bereits im Schnitt um über 0,7 Grad wärmer als vor Beginn der Industrialisierung, eine Erwärmung um bis zu 6,4 Grad bis 2100 ist möglich. Der Klimawandel bedroht das Leben von Millionen von Menschen und kann potenziell einen hohen ökonomischen Schaden verursachen. Im Falle eines Nicht-Handelns hat der ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank, Lord Nicholas Stern, den klimabedingten ökonomischen Schaden auf fünf bis 20 Prozent des globalen BIP geschätzt.

Energiekrise und Klimawandel bedrohen weltweit Menschenleben, Frieden und Wachstum. Doch die gute Nachricht ist, dass wir auf diese doppelte Bedrohung auch eine doppelte Antwort parat haben:

Die massive Steigerung der Energieeffizienz und der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit dieser Strategie wird Deutschland von steigenden fossilen Rohstoffpreisen unabhängiger und schützt gleichzeitig das Klima.

### Ehrgeizige Ziele

Mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts im August 2007 in Meseberg hat Deutschland das wohl ehrgeizigste Programm zum Klimaschutz und zur ökologischen Umgestaltung eines weltweit

Verordnungen und Förderprogramme werden zusätzliche Nettoinvestitionen in Deutschland induziert, die zum einen heimische Industrien stärken (etwa Erneuerbare Energien, Dämmstoffe) und die Nachfrage im Bau- und Anlagensektor erhöhen. Zum anderen werden die Importe für Öl und Gas reduziert, mehr Geld bleibt im Land. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden die Energieimporte im Umfang von 20 Milliarden Euro bis 2020 und 35 Milliarden Euro bis 2030 reduziert.



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Klimapolitik schafft Wirtschaftswachstum“.

Foto: BMU/CERreporters

Per Saldo können durch diese Strategie so bis 2020 mindestens 500.000 und bis 2030 bis zu 800.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Gesamtdurchschnitt liegen die spezifischen Vermeidungskosten daher sogar im negativen Bereich. Durch jede nicht emittierte Tonne CO<sub>2</sub> im Rahmen des Mesebergpakets entsteht ein langfri-

stiger ökonomischer Gewinn in Höhe von 24 Euro je vermiedener Tonne CO<sub>2</sub>.

Daher gilt: Eine ambitionierte und nachhaltige Klimapolitik ist gleichzeitig die auch beste Energiestrategie und schafft darüber hinaus Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.

führenden Industriestandortes beschlossen. Die Ziele bis 2020 lauten:

- 40 Prozent weniger Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990
- Verdopplung der Energieproduktivität gegenüber 1990
- Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf etwa 20 Prozent (Strom: mindestens 30 Prozent, Wärme: 14 Prozent, Treibstoffe: 12-14 Prozent)
- Verdopplung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung auf 25 Prozent.

### Strategie nützt heimischer Industrie

Diese Maßnahmen stärken den Standort Deutschland. Denn durch die Gesetze,



#### Kontakt:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Alexanderstraße 3, 10178 Berlin, Tel. 030 18305-2013

## Emissionen mindern

## Den Klimawandel ernst nehmen, heißt ...

**Wirtschaft und Gesellschaft müssen weniger Emissionen freisetzen und sich dem Wandel anpassen, fordern die Professoren Hans von Storch und Nico Stehr.**

Die Klimaveränderungen der kommenden Jahrzehnte sind zentrale Herausforderungen für Politik und Gesellschaft, in Deutschland ebenso wie anderswo. Der Klimawandel bewirkt möglicherweise massive Veränderung unserer Lebensbedingungen. Zwar sind die genauen Folgen noch unsicher; dass wir aber mit veränderten Klimabedingungen konfrontiert werden, ist sicher. Wir haben die Option, das Ausmaß der Änderungen zu begrenzen, aber ganz vermeiden werden wir sie nicht können.

In den Medien und der Öffentlichkeit hat sich der Begriff der „Klimakatastrophe“ durchgesetzt. Eine Fortsetzung der bisherigen Praxis des Freisetzens von Treibhausgasen wird demzufolge zu verheerenden Veränderungen unserer Lebensumstände führen. Es wird durch Dürren ausgelöste Völkerwanderungen geben; häufige Überschwemmungen durch Starkregen, Stürme und Sturmfluten; meterhohe Anstiege des Meeresspiegels, Einwanderungen tropischer Schädlinge und Krankheiten. Der Golfstrom kann versiegen und damit Nordeuropa kalt werden lassen.

Dies medial-öffentliche Konstrukt der Klimakatastrophe beherrscht die politische Diskussion des Klimawandels, die reduziert wird auf eine Lösungsoption: die radikale Umstellung der Energieerzeugung. Das Klimaproblem wird zum Energieproblem – und dessen Lösung ist Energiesparen und die Nutzung nachhaltiger Energiequellen. Da es um nichts weniger als die Rettung der Welt geht, spielen weitere Optionen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels kaum eine Rolle.

Das medial-öffentliche Konstrukt der Klimakatastrophe unterscheidet sich signifikant vom wissenschaftlichen Verständnis des menschengemachten Klimawandels. Das Klima, also die Statistik des

Wetters, ändert sich aufgrund der erhöhten und weiter wachsenden Konzentrationen der vom Menschen freigesetzten Treibhausgase in der Atmosphäre. Der dadurch verursachte Klimawandel wird zunehmend sichtbar und wird sich im Laufe des Jahrhunderts immer deutlicher entfalten. Je geringer er ausfällt, umso günstiger.

### Wandel begrenzen

Es geht darum, diesen sich verstärkenden Wandel zu begrenzen; ganz vermeiden können wir den Klimawandel nicht mehr – trotz aller Anstrengungen, den Anstieg der Emissionen zu reduzieren. Eine erfolgreiche Klimapolitik einer massiven Beschränkung der globalen Emissionen wird erst in zwei und mehr Jahrzehnten zielführend sein.

### Unser Wissen lässt sich deshalb so zusammenfassen:

1. Die Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre, unabhängig wo und wie dies geschieht, verändert das Klima. Je weniger emittiert wird, umso geringer fallen die Änderungen aus. Eine langfristige Minderung des Anstiegs oder sogar eine Stabilisierung des atmosphärischen Gehalts von Treibhausgasen ist möglich und damit eine Begrenzung des Klimawandels. Da viele der Folgen des Klimawandels einen negativen Einfluss auf unsere Lebensbedingungen haben werden, ist eine Minderung der Emissionen notwendig.
2. Noch treten die Folgen des Klimawandels relativ langsam ein; in Zukunft werden sie sich verschärfen und umfassender sein. Eine geeignete Klimaschutzpolitik wird helfen, diese Änderungen



Foto: GKSS-Forschungszentrum Geesthacht

Das Wattenmeer ist einer der letzten großen Naturräume Nordwesteuropas. Nicht nur hier werden sich die Konflikte um die Nutzungen von Flächen verschärfen. Wirtschaftliche Interessen und Naturschutz gilt es, zu vereinbaren.

über längere Zeit abzuschwächen. Aber mit jenen Änderungen, die nicht vermeidbar sind oder die nicht vermieden werden, werden wir umgehen müssen, indem man die Verletzlichkeit von Gesellschaften und Ökosystemen systematisch vermindert.

Ernstnehmen heißt dagegen: Effizient globale Emissionen mindern und gleichzeitig die Verletzlichkeit von Gesellschaften und Ökosystemen durch Anpassung an die Gefahrenlage in den Griff bekommen.

### Autoren:



Prof. Dr. Hans von Storch, Institute for Coastal Research, GKSS Research Center, Tel. 04152 87-1830, E-Mail vonstorch@web.de



Prof. Dr. Nico Stehr Zeppelin University Friedrichhafen, Tel. 07541 6009-1341, E-Mail nico.stehr@zeppelin-university.de